

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Oktober 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	5	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	8, 9
Blank, Renate (CDU/CSU)	18, 23	Lenke, Ina (F.D.P.)	6, 7
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	26
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	16, 17	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	19, 20
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	21, 22	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	12, 13
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	10, 11	Straubinger, Max (CDU/CSU)	14, 15
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	2, 3	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	1, 4

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Existenz eines eigenständigen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch für die Zukunft notwendig oder wird seitens der Bundesregierung kurz-, mittel- oder langfristig eine Integration des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt angestrebt?*)

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Dr. Michael Naumann, in der Zeitschrift „Die Woche“ vom 29. September 2000, er habe sich über das Anwachsen der „Förderung im Rahmen des Vertriebenenförderungsgesetzes von knapp 8 Mio. DM jährlich auf streckenweise 58 Mio. DM“ „sehr gewundert“, angesichts der der Bundesregierung entstehenden Verpflichtung aufgrund des gesetzlichen Auftrages aus § 96 Bundesvertriebenengesetz, und hält die Bundesregierung die in der Vergangenheit und gegenwärtig von ihr vorgenommene Förderung in diesem Bereich für unverhältnismäßig, z. B. vor dem Hintergrund der Tatsache, dass allein für Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Bundesstadt Bonn im Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2001 60 Mio. DM veranschlagt sind?
3. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Projekte fördert die Bundesregierung im laufenden Jahr im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz (mit Angabe der Höhe der Förderung), und bei welchen Anträgen zu Projekten aus diesem Bereich hat die Bundesregierung eine Förderung im laufenden Jahr abgelehnt?

*) siehe hierzu auch Frage 4

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gunter Pleuger, zum Abschluss der ersten deutschen Botschafterkonferenz geäußert hat, dass durch eine Eingliederung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt Synergieeffekte erzielt werden könnten und dass bei den Gesprächen zur Bildung der derzeitigen Bundesregierung eine solche Zusammenlegung der beiden Bundesministerien erörtert worden ist, wie dies die TAZ am 7. September 2000 gemeldet hat?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

5. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Verschärfung der §§ 86, 86a Strafgesetzbuch (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung beim Rechtsextremismus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordnete
Ina Lenke
(F.D.P.)
- Wann wird die Bundesregierung die durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, bereits im Januar in der Zeitschrift FOCUS angekündigte Verbesserung der Sozialversicherungssituation für Tagesmütter herbeiführen und ihnen einen Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung verschaffen?
7. Abgeordnete
Ina Lenke
(F.D.P.)
- Wo sieht die Bundesregierung weiteren Handlungsbedarf, um die Situation der Tagesmütter generell zu verbessern?

*) siehe hierzu auch Frage 1

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

8. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) In welchem Umfang erwartet die Bundesregierung zur Vermeidung von Betriebsbeeinträchtigungen deutscher Kernkraftwerke Transporte abgebrannter Brennelemente?
9. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um die baldige Aufnahme von Transporten zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.) Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, weder den österreichischen Bundespräsidenten noch den österreichischen Bundeskanzler zur Feier des zehnten Jahrestages der deutschen Einheit einzuladen?
11. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.) Kann sich die Bundesregierung daran erinnern, dass tausende von Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR von Ungarn aus über Österreich in die damalige Bundesrepublik Deutschland kommen konnten und diese reibungslose Passage nur mit Hilfe der österreichischen Regierung möglich war?
12. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Welche Beweggründe hatte die Bundesregierung, Österreich zu den Feierlichkeiten am 3. Oktober 2000 in Dresden nicht einzuladen, obwohl sich die österreichische Regierung mit der Grenzöffnung zu Ungarn für die ausreisewilligen deutschen Bürger aus der ehemaligen DDR historische Verdienste erworben hat?
13. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung für die Nichteinladung Österreichs zu den Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober 2000 bei der österreichischen Bundesregierung entschuldigen?

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Max
Straubinger
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung weiterhin, trotz der historischen Verdienste, Österreich bei Feierlichkeiten zur deutschen Einheit nicht einladen? |
| 15. Abgeordneter
Max
Straubinger
(CDU/CSU) | Möchte die Bundesregierung mit der Nichteinladung Österreichs zu den Einheitsfeierlichkeiten die Sanktionspolitik der EU-Länder gegen Österreich fortsetzen, obwohl diese offiziell für beendet erklärt wurde? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung im Zuge der Herstellung einer durchgehenden Autobahnverbindung auf der europäischen Magistrale zwischen Paris und Prag für den Weiterbau der Autobahn A 6 zwischen Amberg und Waidhaus das Angebot der Europäischen Investitionsbank annehmen, 50 % der Finanzierung des 600 Mio. DM – Projektes als zinsloses Darlehen zu gewähren? |
| 17. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die dann verbleibende Restfinanzierung sicherzustellen? |
| 18. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, dem vom Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Wolfgang Roth, vorgeschlagenen Finanzierungsmodell, bei dem die EIB bis zu 50 % der noch notwendigen Investitionskosten von ca. 600 Mio. DM durch ein zinsgünstiges langfristiges Darlehen mit bis zu 18 zins- und tilgungsfreien Jahren vorfinanziert, beizutreten und die dazu notwendigen 300 Mio. DM im Konzessionsmodell zur Verfügung zu stellen?*) |

*) siehe hierzu auch Frage 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

19. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolling
(F.D.P.) Trifft es zu, dass Soldaten bei Verwundung in einem Krisenreaktionseinsatz in der nachdienstlichen Versorgung schlechter gestellt sind als Beamte?
20. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolling
(F.D.P.) Plant das Bundesministerium der Verteidigung, außer der mittlerweile bekannt gewordenen Streichung des Tauglichkeitsgrades 7, weitere Verschärfungen bzw. Veränderungen bei den Einberufungskriterien für Wehrpflichtige?
21. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des § 25 Abs. 3 Soldatengesetz dahingehend, dass die Wahrnehmung von Aufgaben, die einem Soldaten durch ein kommunales Wahlamt entstehen, untersagt werden kann, sofern dienstliche Interessen gegenüber den Interessen der kommunalen Selbstverwaltung Vorrang einzuräumen ist, und welche Art von dienstlichen Interessen könnten dies sein?
22. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Regelung vor dem Hintergrund des Leitbildes des Staatsbürgers in Uniform, und sieht die Bundesregierung in dieser geplanten Änderung die Gefahr einer politischen Einflussnahme von Vorgesetzten der Bundeswehr auf kommunale Selbstverwaltungsorgane mit soldatischen Mitgliedern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

23. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur zeitnahen Fertigstellung des fehlenden 54 km langen Teilstücks beim wichtigen Infrastrukturprojekt Autobahn A 6 in Richtung Tschechische Republik?*)

*) siehe hierzu auch Frage 18

24. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

In welchem Jahr bzw. in welchem konkreten Zeitraum wird die Bundesregierung in der Lage sein, von den Ländern angemeldete Straßenbaumaßnahmen nach Dringlichkeit, Kostenvolumen und (ausreichende Landesplanung vorausgesetzt) Verwirklichungsjahr auszuweisen, vor dem Hintergrund ihrer Erklärung, sie wolle den Bundesverkehrswegeplan nach von ihr noch festzulegenden Gesichtspunkten neu erstellen?

25. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Werden die im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes 1992 erarbeiteten Unterlagen (z. B. Umweltverträglichkeitsprüfungen) für die Einstufung von Maßnahmen im neuen Bundesverkehrswegeplan als „vordringlich“ und „Neubau“ in Hessen wie zum Beispiel auch bei der Umgehungsstraße Rotenburg/Lispenshausen an der B 83 neu erarbeitet werden müssen, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls die hessische Landesregierung zur Vorlage dieser Unterlagen innerhalb einer bestimmten Frist verpflichten?

26. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)

Wie stellt der Bund sicher, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) auch in Zukunft dem grundgesetzlichen Auftrag gerecht wird, auch ländliche Regionen an das Fernverkehrsnetz der DB AG anzubinden?